

Gute Gründe: Mehr SPD für Europa.

1. Eine soziale Ordnung für Europa
2. Finanzmärkte regulieren
3. Für ein Europa der guten Arbeit
4. Klimaschutz in Europa
5. Friedensmacht Europa
6. Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik
7. Für Gleichstellung – gegen Diskriminierung
8. Europa der Generationen
9. Europa und Kommunen
10. EU-Förderpolitik
11. Für den Vertrag von Lissabon
12. Das Europäische Parlament
13. Die SPD als Europapartei
14. Irrtümer der Linkspartei über Europa
15. Die Europawahl –
eine Richtungsentscheidung



1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

Eine soziale Ordnung für Europa

Wir wollen eine soziale Ordnung für Europa. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt: Märkte dürfen nicht sich selbst überlassen bleiben. Sie brauchen Regeln und sozialen Ausgleich. Nur dann arbeiten sie für das langfristige Wohl der Menschen – und zwar nicht einiger weniger, sondern möglichst vieler Menschen.

Europa muss deshalb eine soziale Ordnung aufbauen, die die freien Marktkräfte zivilisiert. Wir brauchen eine starke und soziale Europäische Union, die den Primat der Politik im globalen 21. Jahrhundert durchsetzt.

- Nach der Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wollen wir jetzt eine europäische Sozialunion aufbauen. Unser Ziel ist dabei nicht, die im nationalen Rahmen bewährte Sozialstaatlichkeit durch einen europäischen Sozialstaat zu ersetzen, sondern sie durch gemeinsame europäische Mindeststandards wirksam zu schützen.
- Lohn- und Sozialdumping darf in Europa kein Raum gegeben werden. Europäisches Recht muss so geändert werden, dass in ganz Europa gilt: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Mit diesem Ziel setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen und klarere Regeln für entsandte Arbeitnehmer ein.



Das soziale Europa bauen

- Wir fordern eine starke europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung. In einem Europäischen Zukunftspakt für Arbeit sollen alle Programme der EU konsequent auf die Förderung von Beschäftigung ausgerichtet werden.
- Wir wollen unfairen Standortwettbewerb verhindern. Deshalb plädieren wir für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa, die Steuerdumping in Europa unterbinden.
- Wir wollen einen europäischen sozialen Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten.
- Wir wollen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen überprüft werden.
- Wir fordern eine ambitionierte europäische Politik für Gleichstellung, gegen Diskriminierung und zur Verwirklichung von Generationensolidarität in ganz Europa.

Die Position der Anderen

CDU/CSU und FDP wollen Arbeitnehmerrechte in Deutschland und Europa schleifen. Sie sind gegen starke Arbeitnehmermitbestimmung, gegen Mindestlöhne und gegen einen starken Kündigungsschutz.

Konservative und Liberale nutzen ihre Mehrheiten in den Institutionen der EU, um eine marktradikale, unsoziale Politik der Liberalisierung und Deregulierung durchzusetzen.



Die gegenwärtige Wirtschaftskrise bedroht Arbeitsplätze, Wohlstand und Unternehmen in Deutschland und Europa. Ursache der Krise war das unverantwortliche Handeln auf den internationalen Finanzmärkten, das allzu oft einzig von der Gier nach möglichst hohen Renditen bestimmt wurde.

Für die SPD steht fest:

- Märkte brauchen Regeln, denn sie regulieren sich nicht selbst – und schon gar nicht zum Wohl der Allgemeinheit.
- Finanzmärkte müssen eine dienende Funktion für die Realwirtschaft haben.
- Die Finanzwelt darf kein „Schattenreich“ sein, das sich der Kontrolle durch Politik und Gesellschaft entzieht.

Wir können und wollen nach der Krise nicht zurück zur Tagesordnung. Auf Betreiben der SPD hat die Bundesregierung Wirtschaft und Unternehmen durch staatliche Finanzmittel gestützt, um eine Verschlimmerung der Lage zu verhindern. Ein „Weiter so“ kann und darf es nach der Krise nicht geben!

Es geht jetzt darum, eine neue Finanzmarktarchitektur aufzubauen, durch die derartige Krisen künftig verhindert werden. Dafür brauchen wir eine sozialdemokratische Mehrheit in der EU. Denn nur durch uns kann sichergestellt werden, dass nach der Krise nicht vor der Krise ist.



Wir wollen:

- Vergütungssysteme für Manager, die sich am langfristigen Erfolg des Unternehmens orientieren.
- Das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken erhalten.
- Eine Börsenumsatzsteuer einführen, um spekulative Finanzgeschäfte einzudämmen und die Finanzbranche an der Finanzierung der Lasten der Finanzkrise zu beteiligen.
- Eine neue Finanzarchitektur, die Steueroasen trockenlegt, die Bedeutung von Ratingagenturen herabsetzt und Hedge- und Private-Equity-Fonds stärker reguliert.
- Die Banken- und Finanzmarktaufsicht europäisch und international weiter stärken.

Die Position der Anderen

Konservative und Liberale haben jahrelang in Europa Finanzmarktrefor-men unter Hinweis auf die „Freiheit der Märkte“ blockiert.

Jetzt in der Krise predigen CDU/CSU zwar Veränderungen, knicken aber regelmäßig ein, wenn es darum geht, die Probleme konkret anzupacken. Das gilt für die Begrenzung von Managergehältern ebenso wie für das Austrocknen von Steueroasen. Auch eine Börsenumsatzsteuer lehnen die Konservativen und Liberalen ab.



Für ein Europa der guten Arbeit

Wir wollen ein Europa der Beschäftigung und guten Arbeit. Die SPD setzt sich deshalb europaweit für Beschäftigung, für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen und für eine starke Mitbestimmung im Unternehmen und Betrieb ein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards sind für uns keine Kostenfaktoren, sondern Wettbewerbsvorteile für langfristigen, auf der Qualität von Arbeit beruhenden wirtschaftlichen Erfolg.

Wir handeln in Deutschland und Europa:

- Gegen große Widerstände von CDU und CSU haben wir in Deutschland in der Großen Koalition Mindestlöhne in wichtigen Branchen durchgesetzt. Insgesamt können damit 3,5 Millionen Beschäftigte in Deutschland von Mindestlöhnen profitieren.
- Wir haben durchgesetzt, dass Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen künftig grundsätzlich überall in der EU den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten eines Unternehmens erhalten sollen.
- Zusammen mit den Gewerkschaften haben wir die zunächst einseitig marktliberale EU-Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße gestellt und sichergestellt, dass Lohn- und Sozialdumping verhindert werden.
- Wir haben erreicht, dass Europäische Betriebsräte internationaler Unternehmen mehr Mitbestimmungs- und Informationsrechte erhalten.



Wir wollen:

- **Vorfahrt für Beschäftigung in Europa**
Alle europäischen Programme müssen auf den Erhalt und die Schaffung von Beschäftigung ausgerichtet werden.
- **Faire Löhne in Europa**
Mindestlöhne sind ein Gebot der ökonomischen Vernunft und sozialer Gerechtigkeit. Deshalb kämpfen wir für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, wie ihn viele unserer Nachbarländer schon haben. Und wir fordern einen Europäischen Pakt gegen Lohndumping mit existenzsichernden Mindestlöhnen in allen EU-Mitgliedstaaten.
- **Sichere Arbeitnehmerrechte in Europa**
Wir wollen weiter verbesserte europäische Standards bei Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb und Unternehmen.
- **Mehr Mitbestimmung in Europa**
Wir wollen Mitbestimmung europäisch stärken und ausbauen. Die von uns bei der Europäischen Aktiengesellschaft und Genossenschaft durchgesetzten weitreichenden Mitbestimmungsrechte müssen dabei der Maßstab sein.

Die Position der Anderen

CDU/CSU und FDP lehnen flächendeckende Mindestlöhne in Deutschland und Europa ab. Sie blockieren die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland.

Sie stellen Wettbewerb und freie Marktwirtschaft über soziale Grundrechte, Mitbestimmung und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.



Klimaschutz in Europa

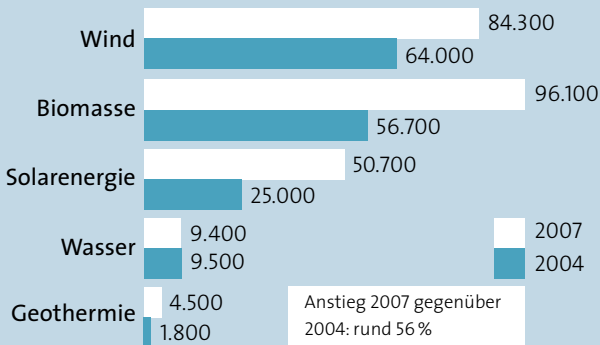
Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der sich Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert zu stellen haben. Wir müssen den Klimawandel stoppen, um unsere Welt auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert zu erhalten.

4

Unser Weg zu mehr Klimaschutz fordert ein Umdenken in der Energiepolitik. Zentral ist die Entwicklung nachhaltiger Alternativen zu den fossilen Brennstoffen Erdöl, Erdgas und Kohle.

Wir wollen ein neues Bündnis von Wirtschaft, Arbeit und Umwelt – in Deutschland, Europa und weltweit. Umwelttechnologien und erneuerbare Energien sind eine Zukunftsbranche, die Wachstum fördert und Arbeitsplätze schafft.

Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-Branche



Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien



Wir handeln – in Deutschland und Europa

- In Deutschland arbeiten über 1,8 Millionen Menschen im Umweltbereich und der Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien. Wir wollen die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich bis 2020 auf vier Millionen erhöhen.
- In Europa haben wir weitreichende Klimaschutzziele durchgesetzt: Die CO₂-Emissionen sollen bis 2020 um mindestens 20% reduziert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien wird im gleichen Zeitraum auf 20% erhöht.
- Wir haben in Deutschland die CO₂-Emissionen um 21% gesenkt und werden sie bis 2020 um 40% senken. Die Energieeffizienz verdoppeln wir bis 2020 und sparen so 11% Strom.
- Wir wollen Deutschlands und Europas Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz weiter stärken.

Die Position der Anderen

CDU/CSU wollen den von uns durchgesetzten Ausstieg aus der Kernkraft wieder zurücknehmen und neue Atomkraftwerke bauen. Wir halten am Atomausstieg fest. Anders als für CDU/CSU stellt die Kernkraft für uns keine Form der ökologischen Energieerzeugung dar.

CDU/CSU knicken vor der Wirtschaftslobby ein, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz auf den Weg zu bringen. Das Umweltgesetzbuch in Deutschland ist an CDU/CSU gescheitert.



Friedensmacht Europa

Wir wollen Europa zur globalen Friedensmacht weiterentwickeln, die sich umfassend für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Entwicklung in der Welt einsetzt.

Hauptziel europäischer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik muss dabei sein, die tiefer liegenden Ursachen von Gewalt, Konflikten und Armut zu beseitigen. Wir wollen, dass europäische Außenpolitik präventive Friedenspolitik ist.

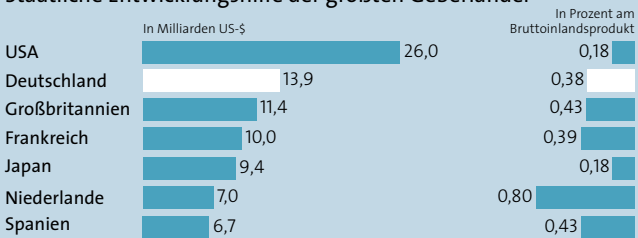
- Europa ist bereits heute der größte Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Mehr als die Hälfte aller Gelder zur Unterstützung der Entwicklungsländer kommt aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten.
- Europa unterstützt so eine Vielzahl an Staaten beim Aufbau von Demokratie, Infrastruktur und leistungsfähigen Bildungs- und Gesundheitssystemen. Damit trägt Europa erheblich zur Bekämpfung von Armut, Krankheit und Hunger in der Welt bei.
- Mit ihren Friedeneinsätzen sorgt die EU dafür, dass in Konfliktregionen Frieden gesichert und eine demokratische Entwicklung ermöglicht wird.
- Die EU ist in ihrem auswärtigen Handeln strikt an das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen gebunden.
- Zudem betreibt die EU eine aktive Menschenrechtspolitik und setzt sich für starke soziale Rechte und Standards in der globalisierten Wirtschaft ein.



Friedenspartei SPD – dafür stehen wir und das wollen wir

- Kooperation statt Konfrontation! Wir wollen, dass Europa in seiner Außenpolitik noch stärker auf partnerschaftliche Lösungen und die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen setzt.
- Wir setzen auf Prävention! Zu unserer präventiven Friedenspolitik gehört eine ehrgeizige Politik der Entwicklungszusammenarbeit. Wir stehen zu der europäischen Zusage, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,51 Prozent des BIP bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015 zu steigern.
- Zivile Mittel haben Vorrang! Wir wollen vor allem die zivilen Mittel der EU zur Bewältigung von Konflikten weiter ausbauen.
- Internationale Abrüstung vorantreiben! Wir setzen uns für eine starke europäische Politik für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle ein. Unser langfristiges Ziel ist eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen.

Staatliche Entwicklungshilfe der größten Geberländer



Quelle: OECD

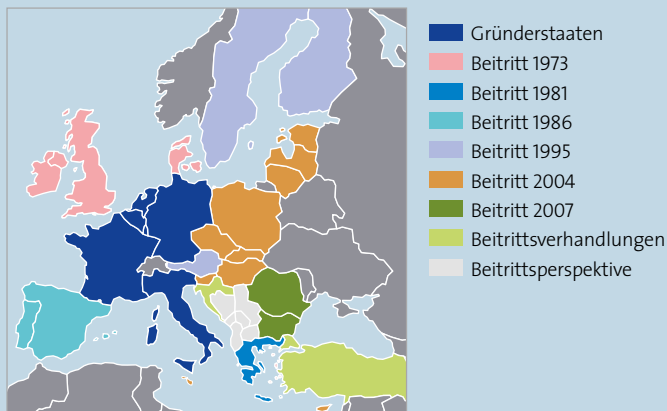


Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik

Die Europäische Union entfaltet seit ihrer Gründung eine starke Anziehungskraft. Von ursprünglich sechs Mitgliedern ist die Gemeinschaft auf heute 27 Mitgliedstaaten mit 500 Millionen Einwohnern angewachsen.

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union hat einen unverzichtbaren Beitrag dazu geleistet, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa heute fester verwurzelt sind als jemals zuvor.

Als Exportnation profitiert gerade Deutschland hiervon besonders: Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen mittlerweile in die EU-Mitgliedsstaaten.



Erweiterungspolitik fortführen

Wir wollen die Erweiterungspolitik der EU als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. An der Beitrittsperspektive für die Staaten des westlichen Balkans halten wir fest, damit sich Krieg, ethnische Verfolgung und die Verletzung der Menschenrechte in dieser Region Europas nicht wiederholen. Die Beitrittsgespräche mit der Türkei führen wir mit dem Ziel eines EU-Beitritts der Türkei fort.

Damit stehen wir zu den Zusagen, die diesen Ländern von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einstimmig gemacht wurden. Einen Wortbruch lehnen wir entschieden ab. Eine solche Politik riskiert eine friedliche, stabile und demokratische Entwicklung in den jeweiligen Regionen und Ländern.

Klare Beitrittskriterien

Um zu garantieren, dass der Beitritt eines Staates zur EU für beide Seiten vorteilhaft ist, gibt es ein klares Aufnahmeverfahren, das für alle Beitrittskandidaten gleichermaßen gilt. So müssen alle Staaten, die der EU beitreten wollen, die sogenannten Kopenhagener Kriterien voll erfüllen:

- Politik: demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte und Achtung und Schutz von Minderheiten
- Wirtschaft: funktionstüchtige Marktwirtschaft
- Übernahme des gesamten EU-Rechts und der europäischen Standards.



Für Gleichstellung – gegen Diskriminierung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In Deutschland verdienen Frauen durchschnittlich 23 % weniger als ihre männlichen Kollegen, europaweit sind es 17 %.

Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit auch zwischen den Geschlechtern: Dazu brauchen wir eine neue europäische Initiative für Lohngleichheit mit klaren Zielen, Kontrollen und Sanktionen!

Frauen gehören in Führungspositionen

In Deutschland beträgt der Frauenanteil in Aufsichtsräten nur 9,3 %, in den Vorständen der Unternehmen sogar nur 2,5 %! Wir brauchen dringend mehr Frauen in Führungspositionen in Unternehmen. Deshalb wollen wir in Deutschland eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten, wie sie Norwegen mit großem Erfolg eingeführt hat, und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft durchsetzen.

Auch in der Politik müssen noch mehr Führungspositionen mit Frauen besetzt werden. Das gilt national und auch für die Institutionen der EU.

Die SPD geht mit gutem Beispiel voran: Unter den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Europawahl beträgt der Frauenanteil über 40 %. Und auch auf europäischer Ebene setzen wir Maßstäbe: Über 40 % der Abgeordnete in der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament sind Frauen – bei den Konservativen sind es nur 25 %.



Gute Arbeit auch für Frauen

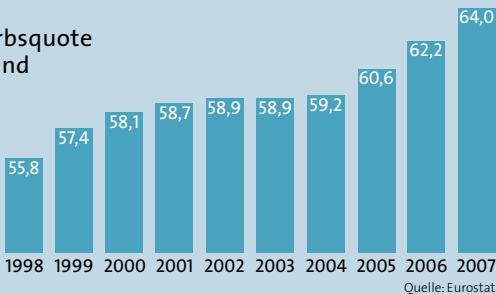
Wir wollen gute Arbeit auch für Frauen in Europa durchsetzen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, damit mehr Frauen neben der Familie voll arbeiten können. Und wir brauchen Mindestlöhne in allen EU-Staaten.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wollen wir die Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder ab dem 1. Lebensjahr in der EU weiter ausbauen. In Deutschland haben wir in der Großen Koalition oft gegen Widerstände der CDU und CSU erhebliche Fortschritte bei der Kinderbetreuung durchgesetzt.

Frauenerwerbsquote in Deutschland

Entwicklung in Prozent



Die Position der Anderen

Mit den Konservativen in Deutschland und Europa ist eine fortschrittliche Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung nicht zu machen.

Klare gesetzliche Regelungen und Vorgaben für Lohngleichheit und zur Gleichstellung von Frauen in Politik und Wirtschaft lehnen sie ab.



Europa der Generationen

Europa betrifft jung und alt

Von der EU profitieren junge und ältere Menschen in ganz Europa: durch Programme zur Beschäftigungsförderung, die Förderung von Bildung und Weiterbildung, durch Reisen, starken Verbraucherschutz, fortschrittliche Regeln gegen Diskriminierung aufgrund des Lebensalters ebenso wie durch niedrigere Preise z. B. bei Flugreisen oder Handytelefonaten ins europäische Ausland.

Die SPD ist die Partei, die für ein gerechtes Europa der Generationen steht:

- Wir haben Generationensolidarität auf die deutsche und europäische Tagesordnung gesetzt und den Diskriminierungsschutz in Deutschland und Europa gestärkt.
- Zudem haben wir die Bildungs- und Jugendprogramme der EU weiter ausgebaut.

8

Gute Arbeit für alle Generationen

- Jüngere und ältere Menschen sind in Zeiten der Wirtschaftskrise besonders von Arbeitslosigkeit bedroht. Wir wollen die Beschäftigung von jungen und älteren Menschen zu einem besonderen Schwerpunkt der europäischen Politik machen.
- Zugleich fordern wir: Es muss gute Arbeit sein. Der Schutz bei untypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen muss europaweit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir eine Europäische Charta für die Rechte von Praktikanten.



Mobilität und Bildung für ein zukunftsgerechtes Europa

- Mobilität ist in der globalisierten Welt und unserem zusammenwachsenden Europa wichtig. Deshalb wollen wir die Austauschprogramme der EU ausbauen. Europa soll gerade für junge Menschen noch stärker erlebbar werden – und das unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern.
- Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wir brauchen eine neue europäische Bildungsoffensive mit gleichen Bildungschancen für alle Menschen über den gesamten Lebensverlauf hinweg.
- Die Anerkennung der Bildungsabschlüsse in der EU muss weiter verbessert werden. Die Bildungsprogramme der EU müssen zudem neben Schülern und Studierenden verstärkt auch Auszubildende und junge Berufseinsteiger mit einbeziehen.
- Und wir fordern ein europäisches Recht auf Weiterbildung. Lebenslanges Lernen und aktives Altern müssen noch stärker europaweit gefördert werden.
- Für uns steht fest: Der Erfahrungsschatz Älterer ist eine Bereicherung und eine gesellschaftliche Ressource, auf die unsere alternde Gesellschaft dringend angewiesen ist.



Europa und Kommunen

Für ein Europa der Vielfalt mit starken Kommunen

Ein soziales Europa braucht starke Kommunen. Nirgendwo sonst werden Demokratie und gesellschaftliche Solidarität so unmittelbar gelebt wie in den Kommunen.

- Die Kommunen in Europa sind verantwortlich für die Betreuung unserer Kinder, für die Schulen, die Altenbetreuung, die Gesundheitsversorgung, die Wasserversorgung, die Müllentsorgung, für den Personennahverkehr und viele andere wichtige Sozialdienste.
- Die Kommunen sind das Fundament für eine soziale Gesellschaft.

Eine Vielzahl europäischer Regelungen wirkt sich direkt oder indirekt auf das kommunale Handeln in Deutschland aus. Die Europawahl ist deshalb auch für die kommunale Ebene von herausragender Bedeutung.

Für starke Kommunen in einem sozialen Europa

Wir stehen für starke und handlungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise in einem sozialen Europa, das Arbeitnehmerrechte schützt, Lohn- und Sozialdumping verhindert, öffentliche Dienstleistungen sichert, Klima- und Umweltschutz fördert und Vielfalt respektiert.



Verantwortung für das Gemeinwohl

- Wir wollen einen wirksamen europäischen Schutz für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, damit die Kommunen weiterhin hochwertige Dienstleistungen für die Menschen anbieten können.

Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl, nicht der Gewinnmaximierung.

- Wir wollen die öffentlichen Sparkassen in Deutschland stärken und erhalten. Sparkassen sind in ihrer Region verlässliche Partner für die Menschen und für Unternehmen.

Die Sparkassen dürfen deshalb nicht durch eine überzogene europäische Wettbewerbspolitik in die Privatisierung gezwungen werden.

Vielfalt bewahren – bürgernahe Politik durchsetzen

- Wir wollen ein Europa, das gewachsene demokratische Strukturen und kulturelle Vielfalt respektiert und fördert. Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, wie sie das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen gestalten.
- Das kommunale Selbstverwaltungsrecht muss – wie es der Vertrag von Lissabon vorsieht – strikt beachtet werden. Wir brauchen bürgernahe Politik in ganz Europa.



EU-Förderpolitik

Ziel europäischer Struktur- und Förderpolitik ist die Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa sowie die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, vor allem in den ärmeren Regionen in Europa.

Drei Ziele sind für die EU-Strukturpolitik zentral:

- Das Ziel „Konvergenz“ bezieht sich auf die Förderung und Strukturanpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand. Förderberechtigt sind Regionen mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts.
- Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ richtet sich an die übrigen Regionen der EU. Wachstum, Innovation, Beschäftigung oder auch der Umweltschutz gehören dabei zu den Förderschwerpunkten.
- Unter dem Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ werden grenzüberschreitende wirtschaftliche und soziale Projekte und die Zusammenarbeit von Regionen gefördert.

10

Zur Umsetzung dieser Ziele greift die EU auf Gelder aus den EU-Strukturfonds zurück. Insbesondere sind dies:

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Europäische Sozialfonds (ESF)



EU-Förderpolitik in Deutschland

Für alle EU-Mitgliedstaaten sind im Zeitraum 2007 – 2013 insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 346 Mrd. Euro vorgesehen. Deutschland erhält davon EU-Strukturfondsmittel in Höhe von 26,3 Mrd. Euro. Damit ist Deutschland das viertgrößte Empfängerland.

Unter dem Ziel der Konvergenz fließen bis 2013 16,1 Mrd. Euro nach Deutschland, der Großteil davon in die ostdeutschen Bundesländer. 9,4 Mrd. Euro stehen für das Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zur Verfügung und 0,8 Mrd. für das Ziel Europäische territoriale Zusammenarbeit.

Fördergeld gibt es für Firmenansiedlungen, neue Forschungszentren, Tourismus- und Umweltschutzprojekte, Projekte gegen Arbeitslosigkeit, bessere Bahnlinien und Straßen oder für die Renovierung von Kindergärten und Schulen.

Wir wollen:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa als zentrales Ziel der EU-Förderpolitik. Strukturschwachen Regionen und Städten mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen muss dabei besonders geholfen werden.
- Eine soziale und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik der EU. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, eine moderne Infrastruktur, Forschung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung müssen noch stärker durch die EU-Förderpolitik unterstützt werden.



Für den Vertrag von Lissabon

Die SPD hat den europäischen Verfassungsprozess maßgeblich angestoßen und vorangetrieben. Nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist es gelungen, die wesentlichen Inhalte der Verfassung in den Vertrag von Lissabon zu übertragen.

In Deutschland haben Bundestag und Bundesrat jeweils mit großer Mehrheit dem neuen Vertrag zugestimmt. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Unterschrift des Bundespräsidenten stehen allerdings noch aus.

Warum ist eine neue vertragliche Grundlage so wichtig?

In der erweiterten Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten brauchen wir eine neue vertragliche Grundlage, damit Europa den Herausforderungen in einer neuen Weltordnung gerecht werden kann. Der Vertrag von Lissabon ist eine gute Grundlage für eine handlungsfähige, demokratische und auch soziale Europäische Union im 21. Jahrhundert.

Welche Verbesserungen und Vorteile bringt der Vertrag von Lissabon?

Europa wird demokratischer:

- Das Europäische Parlament entscheidet künftig bei 95% aller europäischen Gesetze gleichberechtigt mit den Regierungen im Ministerrat.
- Die nationalen Parlamente erhalten mehr Mitwirkungs- und Kontrollrechte.
- Die Bürgerinnen und Bürger können künftig durch das Europäische Bürgerbegehren direkt europäische Gesetze anstoßen.



Europa wird sozialer:

- Durch die verbindliche Verankerung der EU-Grundrechtecharta werden gerade auch die sozialen Grundrechte der Menschen in Europa gestärkt.
- Vollbeschäftigung, sozialer Fortschritt und Umweltschutz gehören künftig zu den grundlegenden Zielen der EU.
- Einführung einer Sozialklausel – künftig müssen alle europäischen Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen hin überprüft werden.

Europa wird handlungsfähiger:

- Künftig wird in den allermeisten Politikbereichen der EU mit Mehrheit entschieden – politische Blockaden durch das Veto einzelner Staaten werden so erschwert.
- Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident der europäischen Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gibt künftig die politische Leitlinie der EU vor und gewährleistet Kontinuität im Handeln der EU.
- Die EU erhält eine Art Außenminister, in dessen Händen die außenpolitischen Kompetenzen der EU gebündelt werden. Er ist die Stimme Europas in der Welt.



Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament wird im Juni 2009 zum siebten Mal in direkter Wahl von rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der 27 EU-Mitgliedstaaten gewählt. Als bevölkerungsreichstes Land stellt Deutschland mit 99 Abgeordneten von insgesamt 736 Abgeordneten die meisten Europaparlamentarier.

Seit der ersten Direktwahl 1979 ist der Einfluss des Parlaments immer größer geworden. Die Hälfte der in Deutschland beschlossenen Gesetze geht auf Beschlüsse der EU zurück. Mit dem Vertrag von Lissabon steigt das politische Gewicht des Europäischen Parlaments noch weiter: EU-Gesetze werden in Zukunft zu 95 % gleichberechtigt von den Europaparlamentariern und den nationalen Regierungen im Ministerrat entschieden.

Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach den Wahlen 2009

Deutschland	99	Bulgarien	17
Frankreich	72	Dänemark	13
Italien	72	Finnland	13
Großbritannien	72	Slowakei	13
Spanien	50	Irland	12
Polen	50	Litauen	12
Rumänien	33	Lettland	8
Niederlande	25	Slowenien	7
Belgien	22	Zypern	6
Griechenland	22	Estland	6
Portugal	22	Luxemburg	6
Ungarn	22	Malta	5
Tschechien	22		
Schweden	18		
Österreich	17		



Eine starke Vertretung der Bürgerinnen und Bürger

Soziale Standards in der Arbeitswelt

Gemeinsam mit den Gewerkschaften ist es der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gelungen, die EU-Dienstleistungsrichtlinie sozial und fair zu gestalten. Lohn- und Sozialdumping in Europa ist damit ein Riegel vorgeschoben worden. Bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen gelten nun die Standards des Landes, in dem sie erbracht werden. Auch hat das Europäische Parlament die Rechte von Leiharbeitern europaweit deutlich gestärkt.

Für einen starken Umweltschutz

Das Europäische Parlament hat umfassende europaweite Mindeststandards für das Recycling von Abfall und den Schutz des Grundwassers durchgesetzt und strenge Vorschriften für den Schutz vor gefährlichen chemischen Substanzen festgelegt.

Für einen starken Verbraucherschutz

Das Europäische Parlament hat für gestärkte Rechte von Passagieren, mehr Preistransparenz und sinkende Preise bei Flugreisen gesorgt. Auch haben die Europaparlamentarier deutlich günstigere Tarife für mobiles Telefonieren in Europa durchgesetzt.

Für den Tierschutz

Das Europäische Parlament hat ein Tierversuchsverbot erkämpft und sich für ein Vermarktungsverbot für Kosmetikprodukte eingesetzt, die an Tieren getestet wurden.



Die SPD als Europapartei

Bereits in unserem Heidelberger Grundsatzprogramm von 1925 haben wir die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Nach zwei Weltkriegen hat der von uns immer wieder vorangetriebene europäische Einigungsprozess die friedlichste Periode in der Geschichte unseres Kontinents ermöglicht.

Leitlinien sozialdemokratischer Europapolitik waren die Vertiefung und Erweiterung der EU sowie die Arbeit an einem sozialen und starken Europa in der Welt. Hierfür standen die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Hierfür arbeiten auch unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament und unser Spitzenkandidat für die Europawahl Martin Schulz.

- Es war Willy Brandt, der mit seiner Entspannungspolitik den Grundstein für die friedliche Einigung des europäischen Kontinents durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten 2004 und 2007 gelegt hat. Mit der Erweiterung ist in Europa zusammengewachsen, was zusammengehört.
- Helmut Schmidt hat in einer für die europäische Einigung schwierigen Zeit neue Impulse gegeben, indem er die Grundlagen für den Aufbau der Europäischen Währungsunion und somit die Einführung des Euro gelegt hat.
- Gerhard Schröder hat gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung initiiert, um die Europäische Union handlungsfähiger und demokratischer zu machen.



Die Bilanz aus 10 Jahren SPD-Europapolitik

Unsere europapolitischen Ziele haben wir in den zurückliegenden Jahren erfolgreich umgesetzt. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die:

- den Vorstoß für die Ausarbeitung der Europäischen Grundrechtecharta unternommen haben, durch die Bürger- und Menschenrechte in Europa zusätzlich gesichert und gerade auch soziale Grundrechte gestärkt werden,
- die soziale Dimension der EU ausgebaut haben, durch europaweit gestärkte Arbeitnehmerrechte, europäische Mitbestimmung und eine fortschrittliche europäische Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung,
- eine ambitionierte europäische Politik für Klimaschutz und mehr erneuerbare Energien durchgesetzt haben,
- die Erweiterung der Europäischen Union aktiv gestaltet, dadurch Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent gefestigt und neue Chancen für unsere exportorientierte Wirtschaft eröffnet haben,
- den Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit einer starken zivilen Dimension angestoßen und zudem eine aktive Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik der EU vorangetrieben haben.



Irrtümer der Linkspartei über Europa

Die Linkspartei behauptet: Der Vertrag von Lissabon macht die EU nicht demokratischer.

Richtig ist:

- Die Rechte des Europäischen Parlaments werden erheblich ausgeweitet, es entscheidet künftig bei 95 % aller Gesetze gleichberechtigt mit den nationalen Regierungen im Ministerrat mit.
- Einführung des Europäischen Bürgerbegehrens, mit dem die Bürgerinnen und Bürger europäische Gesetze anstoßen können.
- Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente, die künftig Einspruch erheben können, wenn sie nationale Zuständigkeiten gefährdet sehen.

Die Linkspartei behauptet: Die EU ist militaristisch und beteiligt sich an weltweiten Kampfeinsätzen.

Richtig ist:

- Die überwiegende Mehrzahl der bisherigen Einsätze fand ohne die Beteiligung militärischer Kräfte statt. So leistete die EU beispielsweise durch die Entsendung von Rechtsexperten und Polizisten Hilfestellung beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit in Krisen- und Konfliktregionen.
- Alle bisherigen EU-Auslandsmissionen, beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien oder im Kongo, dienten dem Aufbau von Demokratie sowie dem Schutz von Menschenrechten.
- Die EU hat sich bislang an keinem einzigen völkerrechtswidrigen Einsatz beteiligt.



Die Linkspartei behauptet: Der Vertrag von Lissabon zwingt die Mitgliedstaaten der EU zur militärischen Aufrüstung.

Richtig ist:

- Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden im Vertrag von Lissabon dazu angehalten, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern – nicht zu erweitern. Eine Verpflichtung zur Aufrüstung folgt hieraus nicht.
- Im Gegenteil: Wenn militärische Fähigkeiten europäisch zusammengeführt werden, fallen nationale Doppelstrukturen weg und es entstehen Spielräume für Abrüstung in Europa.

Die Linkspartei behauptet: Der Vertrag von Lissabon ist nicht demokratisch legitimiert, da er nicht durch ein europaweites Referendum ratifiziert wurde.

Richtig ist:

- Der Vertrag wurde durch eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, also von einer breiten Mehrheit der demokratisch gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, ratifiziert.
- Das Grundgesetz sieht Referenden und andere Formen der direkten Bürgerbeteiligung auf bundespolitischer Ebene derzeit nicht vor. Hierzu wäre eine Änderung des Grundgesetzes nötig.
- Die SPD hat sich in der Vergangenheit mehrfach dafür eingesetzt und ist stets am Widerstand von CDU/CSU gescheitert.



Die Europawahl – eine Richtungsentscheidung

SPD	CDU/CSU
Für ein soziales und gerechtes Europa mit sozialen Mindeststandards und starken Arbeitnehmerrechten.	Das soziale Europa findet bei CDU/CSU nicht statt – weder in der Programmatik noch im politischen Handeln.
Für den Vorrang sozialer Grundrechte vor den wirtschaftlichen Freiheiten im europäischen Binnenmarkt. Für existenzsichernde Mindestlöhne in ganz Europa – gegen Lohndumping!	Für den Vorrang von Marktfreiheit und Deregulierung vor den sozialen Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gegen Mindestlöhne in Deutschland und Europa!
Für den Aufbau einer neuen politischen Ordnung für die Finanzmärkte. Gegen ein „Weiter so“: Nach der Krise darf nicht vor der nächsten Krise sein.	Schöne Worte, aber wenig Taten! CDU/CSU stehen auf der Bremse: bei der weitreichenden Begrenzung von Managergehältern oder beim Austrocknen von Steueroasen.
Für einen starken Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Gegen Atomkraft!	Für den Bau neuer Atomkraftwerke! Zurück in die energiepolitische Steinzeit!



SPD

CDU/CSU

Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik! Für ein verlässliches Europa, das sich an seine Zusagen hält. Für eine faire Beitrittschance der Türkei.

CDU/CSU stehen nicht zu den einstimmig von der EU gefassten Beschlüssen. Bei ihnen hat Populismus Vorrang vor politischer Verantwortung und einer verlässlichen Außenpolitik!

Für eine starke gemeinsame Antwort Europas auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Zögern. Zaudern. Warten. Kein Kompass in der Krise.

Klare Linie. Klares Programm. Für Europa: stark und sozial!

Kein gemeinsames Programm von CDU und CSU. Kein Konsens in europapolitischen Grundsatzenfragen: CSU aus populistischen Gründen für EU-Volksabstimmungen, die CDU dagegen. Die CDU ist für eine europäische Verfassung, die CSU dagegen.

Starke Führung. Starker Spitzenkandidat mit Martin Schulz, der auch SPD-Kandidat für den nächsten deutschen EU-Kommissar ist.

Ziellos. Orientierungslos. Zerstritten. Kein überzeugendes Personal. Wollen den EU-Kommissar stellen, haben aber keinen Kandidaten.

Die Europartei Deutschlands.

Die CSU will mit anti-europäischem Populismus punkten. Die CDU lässt sie gewähren.



Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Der Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.
Artikelnummer: 3901600

